

## **Berufsfeld Wissenschaft**

*Alexander Brand*

*Dr. Alexander Brand hat 2010 an der Technischen Universität Dresden im Fach Politikwissenschaft promoviert. Seine Dissertation beschäftigte sich mit der Rolle von Massenmedien in der internationalen Politik. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.*

„... die Macht, die sich aus der Herrschaft über die strategischen Positionen und damit aus der ermöglichten Kontrolle des Vorwärtkommens der Konkurrenten ergibt...greift nur dann [gegenüber den Neuankommenden], wenn diese einwilligen, in das Wettbewerbsspiel einzutreten.“ [Bourdieu, Pierre, 1998: Homo Academicus, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 155]

Bourdieus Charakterisierung des wissenschaftlichen Betriebs als von Wettbewerb, Konkurrenz und Machtpositionen gekennzeichnet gilt sicherlich auch für die Politikwissenschaft, um die es hier im Folgenden als Tätigkeitsfeld für Politologen gehen soll. Man könnte hinzusetzen: Wer, wenn nicht gut ausgebildete Politikwissenschaftler, sollte dies auch sofort erkennen (und in Handlungserfolg umzumünzen verstehen)? Die Entscheidung dafür, eine wissenschaftliche Karriere zu beginnen, dürfte allerdings weniger darin begründet liegen, dass man sich bereits als studentischer Hilfswissenschaftler („Hiwi“) gut im Biotop Hochschule zurechtgefunden hat – wobei dies von Vorteil ist. Vielmehr motiviert wohl die Lust am Erkenntnisgewinn, die Freude am Verständnis, der Erklärung und der Vermittlung politischer Dynamiken zu diesem Schritt. Dass man in der Folge im Politikwissenschaftsbetrieb mittel- und langfristig hängenbleibt, allein weil man nichts Anderes mit sich anzufangen wusste, wird unter den gegebenen Umständen kaum noch vorkommen. Forschungs- und Publikationspflichten, gesetzliche Einschränkungen zur Beschäftigungsdauer laut Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das übersichtliche Angebot an unbefristeten Dauerstellen bzw. Professuren sowie die für die meisten Kandidaten bestenfalls durchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten (siehe unten), bisweilen auch die volatilen Einkommensverhältnisse, wirken hier als Selektoren.

Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, dass die einschlägigen Berufsberatungsbroschüren der Arbeitsagentur „wissenschaftliche Tätigkeiten“ gar nicht mehr offensiv als Ausbildungsziel für Politologen bewerben. Offenkundig vertraut man hier auf die bewährten Rekrutierungspraxen: Über Hiwi- oder Tutorentätigkeiten, spätestens über eine Projektmitarbeit gen Studienende oder kurz nach Beendigung des Studiums öffnet sich die Tür für eine wissenschaftliche Laufbahn. Wie viele Absolventen eines politikwissenschaftlichen Studiums dies jährlich betrifft, lässt sich gar nicht leicht ermitteln, da überraschend wenig kontinuierlich erhobene, auf Fachebene heruntergebrochene Daten existieren. Laut der Bundesagentur für Arbeit (BfA, 2012: Gute Bildung – gute Chancen. Der Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademiker, S. 73) schließen in der Bundesrepublik pro Jahr ca. 4000 Studierende ein Studium der Politikwissenschaft ab (bei etwas über 8000

Studienanfängern). Von diesen– und hier wird es mangels deutschlandweiter Statistiken, mangels trennscharfer Kategorien in lokalen Absolventenstudien ebenso wie angesichts der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge sehr unscharf – entschieden sich bis vor kurzem zwischen 10% und 20% für eine Tätigkeit in Forschung und Wissenschaft.<sup>1</sup>

Jüngere Studien, die sich aber nahezu ausschließlich auf Bachelorstudierende beziehen, geben hier in der Regel einen Prozentsatz unterhalb 10% an (und schließen zudem oft „Marktforschung“ mit ein), was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass das Masterstudium ein Muss für die weitere wissenschaftliche Tätigkeit ist. Nähert man sich dem Übergang von akademischer Ausbildung zu wissenschaftlicher Tätigkeit von der anderen Seite her an, so wird angesichts der kursierenden Zahlen klar, dass es sich, setzt man „Wissenschaft“ in eins mit einer hauptamtlichen Tätigkeit als Politologe an einer deutschen Hochschule, um einen eher übersichtlichen Arbeitsmarkt handelt. Kürzlich hat der STERN in seiner „Jobampel Politikwissenschaft“ deren Zahl auf 1259 taxiert. Berufliche Sicherheit sieht sicherlich anders aus, auch wenn man einwenden mag, dass es im Zuge der Internationalisierung auch von akademischen Arbeitsmärkten noch umfangreichere Beschäftigungschancen gibt.

In der Tat wirken hier die eingangs angedeuteten strukturellen Gegebenheiten: Nur wenige der potenziellen Aspiranten werden tatsächlich Professuren oder eine unbefristete Anstellung als Politologe im Wissenschaftsbetrieb erlangen. Über die Karrierepfade allerdings entscheiden nicht zuletzt maßgeblich diejenigen mit, die derzeit die wichtigen Stellen besetzen – direkt über Patronage (Anstellung, Betreuung, Förderung) oder indirekt (*peer review* des Forschungsoutputs, Begutachtung von Forschungsanträgen etc.).

### **Aufgaben, Organisation, Vergütung**

Holzschnittartig verkürzt umfasst eine politikwissenschaftliche Tätigkeit in der Regel drei Felder: Forschung, Lehre und Administration; für diejenigen, die an außeruniversitären Forschungseinrichtungen Wissenschaft betreiben oder nicht auf universitären Mitarbeiterstellen promovieren, spielt „Lehre“ dabei eher eine nachrangige Rolle. Für alle aber gilt: „Forschung“ ist der Bereich, der wissenschaftsintern prämiert wird: *publish or perish*, gern auch in internationalen, zumeist englischsprachigen Fachzeitschriften, und erfolgreiche Drittmittelinwerbung zu Forschungszwecken sind zwei der maßgeblichen Determinanten wissenschaftlichen Fortkommens bis hin zu einer politikwissenschaftlichen Professur.<sup>2</sup> Und in der Tat: die akademische Debatte mit aus Forschung resultierendem Erkenntnisgewinn zu bereichern und/oder forschungsbasiert einen Beitrag zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu leisten, ist bzw. sollte die Kernmotivation für eine politikwissenschaftliche Karriere sein.

Das zweite Tätigkeitsfeld, die „Lehre“, leidet ein wenig darunter, dass es wissenschaftsintern wie wissenschaftspolitisch vergleichsweise stiefmütterlich behandelt wird. Nicht umsonst ist die Exzellenzinitiative des Bundes auf Forschung ausgerichtet. Allen Bekundungen der Notwendigkeit von (mehr) „Exzellenz in der Lehre“ zum Trotz ist jedenfalls in dieser Hinsicht kaum etwas geschehen – abgesehen von der Einführung von Lehrkräften mit hohem Lehrdeputat zur Minderung der Lehrüberlast an Universitäten. Dem Hörensagen entnimmt man bisweilen auch, dass (gute) Lehre in Berufungsverhandlungen überraschend wenig Einfluss besitzt. Formal besteht das Lehrdeputat bei wissenschaftlichen Mitarbeitern auf einer Vollzeitstelle in der Regel aus zwei Veranstaltungen pro

---

<sup>1</sup>*Grosso modo* wird dieser Befund auch durch andere Studien gedeckt, siehe etwa die Zusammenstellung von Ergebnissen im Rahmen der Absolventenstudie der Ruhr-Uni Bochum, vgl. Habenicht, Karin, 2002: Absolventenbefragung an der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, S. 62.

<sup>2</sup> Vgl. auch den instruktiven Aufsatz: Plümper, Thomas, und Frank Schimmelfennig, 2007: Wer wird Prof – und wann? Berufungsdeterminanten in der deutschen Politikwissenschaft, in Politische Vierteljahresschrift 48, 1, 97-117, Pflichtlektüre für alle Aspiranten auf eine wissenschaftliche Laufbahn!

Semester, bei oben benannten Lehrkräften und Universitätsprofessoren aus vier Veranstaltungen pro Semester; Tätigkeiten an Fachhochschulen sind deutlich lehrintensiver.

Das dritte Tätigkeitsfeld umfasst „administrative Aufgaben“: Neben der Organisation des Lehr- und Prüfungsbetriebs, des Personalbestandes an Lehrstühlen bzw. an Instituten ist hier auch die Übernahme von Funktionen in der akademischen Selbstverwaltung – Räte, Ausschüsse, Gremien auf verschiedenen Ebenen – zu nennen.

Aber wer bzw. wie viele gehen einer solchen Tätigkeit nach? Hier ist man aus genannten Gründen gezwungen, im Ungefähren zu bleiben. Die Daten des Statistischen Bundesamtes geben nur die Anzahl von Professoren in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ an; disziplingeschichtliche Arbeiten wie Bleek (Bleek, Wilhelm, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München: Beck, S. 313) schätzen die Anzahl der politikwissenschaftlichen Professuren auf „knapp dreihundert“, allerdings Stand 2000. Nimmt man die Juniorprofessuren hinzu, von denen es laut Deutscher Vereinigung für Politische Wissenschaft derzeit 21 gibt und unterstellt man einen leichten Zuwachs, so wird man, ebenso wie die Duisburger Absolventenstudie von 2006 von etwa 350 „Powi“-Professorenstellen an deutschen Hochschulen ausgehen können. Noch schwieriger ist es, die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Fach abzuschätzen. Neben der Volatilität des Arbeitsmarktes – Ausstieg aus der wissenschaftlichen Karriere, Befristungen gemäß Wissenschaftszeitvertragsgesetz, temporäre Anstellungen in Drittmittelprojekten – wirken hier auch mittlerweile übliche Beschäftigungspraxen einer exakten Datenerhebung entgegen. So werden Stellen geteilt, Werkverträge ausgegeben, gering bezahlte Hilfskraftstellen geschaffen etc.

In puncto Verdienstmöglichkeiten besteht ein breit gefächertes Spektrum. Nach der Einführung der sogenannten W-Besoldung für Professoren lässt sich das je nach Bundesland variierende Grundgehalt ohne Leistungszulagen, vor Abzügen, in folgender Bandbreite angeben: 4000 Euro (Juniorprofessur bzw. W1 oder W2 in Berlin) – 5600 Euro (W3 in Baden-Württemberg). Als Nachwuchswissenschaftler kann man demgegenüber, je nach Anstellungsform, mit folgender Vergütung rechnen: Wissenschaftliche Mitarbeiter, auf einer Vollzeitstelle an einer Universität nach Tarif TV-L E 13 eingruppiert, verdienen zwischen 3000 und 4000 Euro *vor Abzügen* (der Akademische Rat in Süddeutschland wird besser gestellt sein als der Anfänger auf einer der üblichen Teilzeitstellen). Der Verdienst in einem drittmittelfinanzierten Projekt ist in etwa angelehnt daran (z.B. bei DFG-Projekten). „Auf die Hand“ bedeutet das mitunter ganz Unterschiedliches, über den Daumen gepeilt bei einer Halbtagesstelle zwischen 1000 und 1500 Euro, bei einer Vollzeitstelle zwischen 1800 und 2200 Euro. In einem stipendienbewährten Forschungskolleg bzw. in Form eines Promotionsstipendiums kann man mit etwa 1000 bis 1500 Euro monatlich rechnen.

Dies sind allerdings, wie betont werden muss, Berechnungen auf Basis günstiger Anstellungsbedingungen. Auch die Politikwissenschaft ist vor zunehmender Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse nicht gefeit: kurzfristige Teilzeitbeschäftigungen, wissenschaftliche Hilfskraft (WHK) -Verträge bzw. Werkverträge, „um sich über Wasser“ oder eben die betreffenden Personen „im akademischen System“ zu halten, sind nicht unüblich. Gerade die Prekarisierung im Übergang von Mittelbaudasein zur (Hoffnung auf) Ruferteilung als ProfessorIn ist keine exotische Ausnahmeerscheinung. Über Habilitierte, die gezwungen sind, mitunter schlecht bezahlte Vertretungsprofessuren anzunehmen, kostenlose Titellehre anzubieten oder als Geringverdienende mit schlecht vergüteten Lehraufträgen „aufstocken“ müssen, existieren allerdings keine belastbaren Zahlen, nur Anekdoten.

### **Sich für die Wissenschaft entscheiden?**

Einige der Fragen, die sich in nicht-akademischen Tätigkeitsfeldern für Politologen stellen, machen im Kontext des (Politik-) Wissenschaftsbetriebs kaum Sinn. Entscheidet sich ein Politologe für eine wissenschaftliche Karriere, dann ist er in seinem Arbeitsumfeld „kein Exot“. Wissen um politikwissenschaftliche Inhalte, methodische wie inhaltliche Expertise, sehr gute Noten bilden die

unhinterfragte (und auch logische) Voraussetzung für eine wissenschaftliche Tätigkeit. Die im Hinblick auf andere Tätigkeitsbereiche – außerhalb von Hochschule und Forschungseinrichtungen – oftmals bemühten „soft skills“ sind auch im akademischen Betrieb notwendig, nicht zuletzt um in diesem im Sinne Bourdieus „vermachteten“ Feld strategisch klug und erfolgreich zu handeln.

Dass es in dem skizzierten „Wettbewerbsspiel Wissenschaft“ nicht nur um Konkurrenz hinsichtlich von Wahrheit und Erkenntnis, sondern eben gerade auch um extrem knappe Güter: langfristig gesicherte Beschäftigungs- und Verdienstverhältnisse geht, sollte andererseits nicht dazu verleiten, von vorne herein um diesen Tätigkeitsbereich herum zu navigieren. Zum einen kann eine begonnene wissenschaftliche Karriere – etwa bis zur Promotion – immer auch in eine andere Tätigkeit münden.

Zum anderen darf man behaupten, dass diejenigen, die beizeiten während ihres Studiums merken, dass sie nicht nur um des Nebenverdienstes willen als Hiwis an einem politikwissenschaftlichen Lehrstuhl jobben, sich kaum eine erfüllendere Tätigkeit vorstellen können. Das ebenso wie der tatsächliche *Spaß* (! – nicht nur die Erleichterung, es hinter sich gebracht zu haben) daran, eigene Forschung im Rahmen einer Abschlussarbeit voranzutreiben, könnten Argumente sein, sich trotz unsicheren Ausgangs auf eine Karriere in der akademischen Politikwissenschaft einzulassen.